Der Weg der Arbeiterschaft

Autor(en): **Oprecht, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-334627

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

22. JAHRGANG – FEBRUAR 1943 – HEFT 6

Der Weg der Arbeiterschaft

Von Hans Oprecht

In der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei an das Schweizervolk, die Mitte Dezember 1942 durch die Parteileitung unter dem Stichwort «*Die neue Schweiz*» publiziert worden ist, kommt dem einleitenden Abschnitt besondere Bedeutung zu. Es wird darin der Ausgangspunkt fixiert, von dem ausgegangen werden soll, um verfassungsrechtlich den «Umbau von Staat und Wirtschaft» und programmatisch die «sozialistische Ordnung von Staat und Wirtschaft» in der Nachkriegszeit zu entwickeln.

Es gibt keine Rückkehr in die Vorkriegszeit. Politik und Wirtschaft sind den selben Gesetzen der sozialen Entwicklung unterworfen. Vergangenes kehrt nicht wieder. Es lebt im Neuen in anderer Form allerdings wieder auf.

Der «*wirtschaftliche Liberalismus*», wie er vor dem Kriege herrschte, wird als Gesellschaftsform nicht mehr erstehen. Aber auch die «*totalitären Auffassungen*» des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft sind bei genauer Betrachtung der Dinge durch die etatistische Entwicklung der Wirtschaft im zweiten Weltkrieg «erledigt» worden. Aus der beidseitigen Überwindung des falsch aufgefaßten und vielfach mißbrauchten «Liberalismus» und des der Menschheitsentwicklung entgegenstehenden «Totalitarismus» ergibt sich für die Schweiz, in Form einer Synthese, die *freiheitlich-genossenschaftliche Gemeinschaft in Staat und Wirtschaft.*

Ihr Ziel ist, die Grundlage zu schaffen für ein krisenfreies, stetiges Gedeihen der Wirtschaft. Die neue Schweiz soll dem Volk Kultur und Wohlfahrt sichern dadurch, daß eine neue Ordnung in Staat und Wirtschaft die Vollbeschäftigung aller einsatzfähigen Arbeitskräfte gewährleistet. Dies Ziel ist von derart großer politischer und sozialer Bedeutung, daß im Grundsätzlichen niemand mehr dagegen Einwendungen zu erheben wagt. Um das gesetzte Ziel zu erreichen, ist eine Voraussetzung zu erfüllen: *Die Wirtschaft des Landes muß im besten Sinne des Wortes Sache des ganzen Volkes werden!* Sie darf nicht mehr Angelegenheit privaten Bereicherungs- und Machtstrebens sein. *Der Arbeit* kommt in dieser

Wirtschaft vor allem anderen das Primat zu. Die Arbeit ist von Staates – somit von Volkes wegen, mit allen Mitteln zu fördern und vor jedem Mißbrauch zu schützen. Das Kapital hat künftig und immer mehr der Arbeit, dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg und der Volkswohlfahrt zu dienen.

Solch großes, höchster Menschenwürde angepaßtes Ziel der neuen Schweiz setzt den unerschütterlichen Glauben an das Wirken der Demokratie voraus. Denn sie allein kann ein neues Menschenrecht – das Recht auf Arbeit – verwirklichen. Die Mehrheit des Volkes muß für eine solche sozialistische Ordnung von Staat und Wirtschaft gewonnen werden. Nur auf diesem Wege ist die neue Schweiz als Programm in die Tat umzusetzen. Die gesinnungsmäßige Zustimmung der Mehrheit des Volkes ist unerläßlich, wenn die «neue Schweiz» so, wie sie uns vorschwebt, werden und Bestand haben soll. Dieses Ziel zu erreichen, dem gilt auch künftig unser Kampf.

In der «neuen Schweiz» wird die Stellung des arbeitenden Menschen im Produktionsprozeß eine andere sein, als sie es noch vor dem Kriege war. Er darf nicht mehr Objekt, er muß Subjekt der Wirtschaft werden. Dies ist nach einem Gesamtplan, der Erzeugung, Verteilung und Verbrauch umfassend lenkt und entwickelt, zu realisieren. Es entsteht daraus kein Widerspruch zur Gewährleistung der persönlichen Freiheitsrechte und der politischen Volksrechte. Im Gegenteil: in einer auf freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage aufgebauten, geplanten Wirtschaft werden Freiheit und Recht erst uneingeschränkt gelten können. Im Grunde ist dieses nichts anderes als die Übertragung der *Idee der Demokratie* aus dem staatspolitischen auch auf das Gebiet der Wirtschaft. Der Idee nach wird die Genossenschaft Träger der demokratischen Gemeinwirtschaft. Diese baut sich von unten nach oben auf in kommunalen, regionalen und nationalen Selbstverwaltungskörpern. Damit wird zugleich die Grundlage für einen echten und gesunden Föderalismus geschaffen.

«So wird aus diesem Krieg und aus der Not dieser Zeit das entstehen, was früher unerreichbar schien: eine Gemeinschaft des arbeitenden Volkes, die Staat und Wirtschaft der neuen Schweiz aufbauen wird.»

Der Weg dazu wird allerdings mühselig und beschwerlich sein. Der zweite Weltkrieg ist noch nicht am Ende. Er wird sich vermutlich immer mehr verschärfen. Der Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland deutet die Richtung der Schwierigkeiten an, die sich zweifellos auch für uns noch ergeben werden. Die Zeit der Bewährung steht für unser Volk, für unsere Armee und für die politischen Behörden unseres Landes aller Voraussicht nach erst bevor. Der Druck des kriegsdurchwühlten europäischen Kontinents auf die kleinen neutralen Länder, auch auf die Schweiz, kann sich nur verstärken. Die wirtschaftliche Lage unseres Landes wird sich damit zuspitzen. Damit werden auch die sozialen Spannungen zunehmen. Diesen zu begegnen, durch ge-

eignete Vorschläge und Verfechtung geeigneter Abhilfemaßnahmen, ist Pflicht der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führung. Sie muß und wird auf Schäden und Mängel in Staat und Wirtschaft ständig aufmerksam machen. Sie hilft damit zugleich, diese Mängel und Schäden zu beheben. Die Aufgabe der «Opposition» in der gegenwärtigen Zeit ist keine leichte. Sie ist auch keine dankbare. Denn leicht können aus einer oppositionellen Einstellung Mißverständnisse und Mißtrauen entstehen. Das kann uns als Sozialisten nicht davon abhalten, immer wieder den Finger auf die wunden Stellen in Staat und Wirtschaft zu legen. Wir hören und sehen mehr, als man von Bern aus hören und sehen kann. Wir erfahren am ehesten, wo der Schuh drückt, weil wir mit dem arbeitenden Volk leben. Immer und überall zu helfen, wo geholfen werden muß und kann, ist Sinn und Ziel unserer Opposition.

Leider regiert seit Kriegsbeginn das Volk nicht mehr selber, wie es die Demokratie erheischt. Der Souverän ist durch die Vollmachten weitgehend ausgeschaltet. Das Regime der Vollmachten gibt dem Bundesrat alle Macht in die Hände. Die Arbeiterschaft ist im Bundesrat nicht vertreten. Sie hat auf dessen Politik fast keinen Einfluß. Unsichtbare Mächte bemühen sich dafür, ihren Einfluß geltend zu machen. Der Handels- und Industrieverein, die großen Banken und Versicherungsgesellschaften und andere mächtige kapitalistische Kreise sind es, welche den Kurs der Landespolitik zu bestimmen suchen. Nicht zuletzt sind es diese Kreise, derentwegen unser Land in dieser schweren Zeit nicht den Frieden finden kann, der unbedingt nötig wäre, um das Volk zusammenzuhalten. In ihrer Mitte gibt es immer noch eine Menge von Schwerverdienern und solche, denen das Geschäft alles, das Wohl und Wehe unseres Landes und des Volkes aber nichts ist. Der Fall «Scintilla», der nicht ad acta gelegt wurde, ist ein schlagender Beweis dafür. Er wird, sofern die Bundesbehörden ihn nicht aufgreifen und gestützt auf das ihnen unterbreitete Beweismaterial für Abhilfe sorgen, die Öffentlichkeit noch beschäftigen müssen. Der Fall der «Scintilla» wird unserem Volke aufzeigen, wie wertvoll eine «Opposition» im Staate sein kann und wie notwendig es ist, Staat und Wirtschaft nach dem Programm der «neuen Schweiz» umzugestalten. Solange eine kleine herrschende Schicht, von der Masse unerkannt, das Schicksal unseres Landes unter Umständen entscheidend beeinflussen kann, so lange bleiben alle schönen Worte vom Zusammenstehen und Miteinanderreden eben Worte. In der jetzigen Zeit kommt es aber nicht auf Worte, sondern auf Taten an.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat durch ihr Manifest zur «neuen Schweiz» den Willen, am Aufbau einer freien, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie mitzuarbeiten, bekundet. Sie wird diesen Willen in die Tat umsetzen, wo immer und überall sie eine Gelegenheit sieht, zuzugreifen. Es liegt an den andern, durch eigene Taten den Beweis dafür zu erbringen, daß bei ihnen der Wille dazu ebenfalls besteht.